

Klare ärztliche Positionen

Der 105. Deutsche Ärztetag wendet sich gegen die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und erledigt seine Hausaufgaben überzeugend. Der 105. Deutsche Ärztetag hat im Wahljahr klare Positionen bezogen. Das wichtigste Signal lautet: Die Ärzteschaft ist zwar zu konstruktiver Mitarbeit an den dringend notwendigen Reformen im Gesundheitswesen bereit, aber nicht um jeden Preis.

Denn wenn Checklistenmedizin statt individueller Behandlung droht, wenn praxisferne Expertokraten auf der Basis fragwürdiger Gutachten das Gesundheitswesen kaputtreden, wenn die Krankenkassen sich telefonisch in die Behandlung einmischen wollen, wenn die Menschlichkeit zugunsten eines kalten betriebswirtschaftlichen Denkens auf der Strecke bleibt, dann muss die Ärzteschaft ein deutliches Nein sagen.

Das hat Ärztetagspräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe bei der Eröffnungsveranstaltung (siehe Seite 13) deutlich ausgesprochen und damit einmal mehr die Delegierten überzeugt. Dass dies der Bundesgesundheitsministerin nicht gefallen konnte, liegt in der Natur der Sache. Immerhin hatte die Wahlkämpferin Ulla Schmidt geschickt versucht, eine positive Bilanz der vergangenen eineinhalb Jahre Gesundheitspolitik zu präsentieren. Und sie kam den Ärzten weit entgegen - etwa mit der Aussage, dass die starre Budgetierung in der ambulanten Versorgung auf Dauer nicht fortgeführt werden kann.

Doch den Großteil der Ärztetagsdelegierten konnte sie nicht überzeugen. Es blieben die erheblichen Zweifel, ob Regierungsvorhaben wie die Disease-Management-Programme oder die Krankenhausfinanzierung über diagnosebezogene Fallpauschalen wirklich Fortschritte bedeuten. Die meisten Ärzte in Klinik und Praxis hegen vielmehr die Befürchtung, dass dadurch der ökonomische Druck und die Bürokratisierung, die ihren Alltag heute schon schwer belasteten, noch weiter zunehmen werden.

Das vom Ärztetagspräsidenten vorgegebene Leitmotiv "Menschlichkeit statt Ökonomisierung" durchzog auch die Debatte über Leitlinien (siehe Seite 15). Dabei wurden die Zielvorstellungen der Ärztinnen und Ärzte in ihrem Kern ganz deutlich: Sie wollen bei optimaler fachlicher Beratung und Behandlung versuchen, kranke Menschen in ihrem Leiden zu verstehen.

Sie wollen sich Zeit nehmen, zuzuhören. Sie wollen die Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft verantwortungsbewusst auf die jeweilige individuelle Krankheitsproblematik und Gesundheitssituation anwenden.

Wenn all dies nicht mehr möglich ist, weil ein solches Arztsein in einer vertrauensvollen Patient-Arzt-Beziehung durch Eingriffe von außen zur Erfüllungsgehilfentätigkeit degradiert wird, verliert der Beruf seine Attraktivität. Möglicherweise wird der sich jetzt abzeichnende Nachwuchsmangel ein zwingendes Argument für das Umdenken in der Gesundheitspolitik sein. Denn wenn erst einmal qualifizierte Ärztinnen und Ärzte fehlen, ist die Versorgung akut bedroht.

Auch deshalb hat der Ärztetag deutlich gemacht, dass das Gesundheitswesen künftig nicht mehr auf die beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen der Ärztinnen verzichten kann, die mangels flexibler Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuung derzeit zu Hause bleiben (siehe auch Seite 11).

Eine wegweisende und von Beobachtern als historisch bezeichnete Entscheidung soll den Nachwuchsmangel in der hausärztlichen Versorgung beheben: Der neue Weiterbildungsgang zum allgemeinmedizinisch-internistisch geprägten Hausarzt dürfte tatsächlich mehr junge Mediziner als bisher in die hausärztliche Tätigkeit führen (siehe auch Seite 16). Das ist auch deshalb eine gute Nachricht, weil damit der in den Augen der Öffentlichkeit befremdliche Streit zwischen Allgemeinmedizinern und Internisten, wer denn der bessere Hausarzt sei, endlich beendet ist.

Zeitgemäß präsentierte sich der Ärztetag bei einem weiteren Thema: Die Vorschriften zur beruflichen Kommunikation wurden erneut liberalisiert (siehe auch Seite 18). Anpreisende Werbung bleibt zwar weiter untersagt und damit der Patientenschutz garantiert. Doch muss künftig kein Arzt mehr befürchten, dass der Kammer-Justitiar mit dem Maßband vorbeikommt und das Praxisschild ausmisst.

Horst Schumacher Chefredakteur

Rheinisches Ärzteblatt 7/2002 3